

Saale-Zeitung.

Sechshundertzweiter Jahrgang.

Am 26. April 1912. Nr. 195.

Ercheint täglich, Sonntag und Montag ausser.

Redaktion und Druck-Verlag: Halle, G. Straußmannstr. 17; Telephon-Nr. 24.

Bezugspreis: In Halle vierteljährlich bei postmäßiger Anstellung 2,50 Mk., durch die Post 3,25 Mk., auswärts halbjährlich 6,00 Mk., vierteljährlich 3,50 Mk. Bestellungen werden von allen deutschen Postämtern angenommen. Um amtlichen Zeitungs-Berichtsblatt unter „Saale-Zeitung“ eingetragen. Für unentgeltlich eingehende Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Rücksendung nur mit Quittungsbogen. „Saale-Zeitung“ gedruckt. Fernschreiben der Redaktion Nr. 1160; der Anzeigen-Abteilung Nr. 178; des Abonnements-Büros Nr. 1153.

Nr. 195. Halle a. S., Freitag, den 26. April. 1912.

Bestellungen auf die „Saale-Zeitung“ werden unausgesetzt von allen Postanstalten und unseren Expeditionen angenommen. Der Verlag.

Der Konflikt in Schwarzburg-Rudolstadt.

[*] Rudolstadt, 26. April. Wie verkündet, erwägt man in Regierungskreisen den Rücktritt des Staatsministers, in dem man eine, wenn auch nur schwache Möglichkeit zur Beilegung des Konfliktes zwischen Landtag und Staatsregierung sieht. Der Rücktritt ist ein Ministerwechsel einstweilen noch abgeneigt.

Das Dasein des letzten Landtags, sein Ruhm, der erste mit einem sozialdemokratischen Präsidium zu sein, und sein Ende hat zu seiner Zeit viele Betrachtungen in der Presse ausgelöst. Auch jetzt, wo die Neuwahl in Vorbereitung, finden sich vielfach ähnliche Unterredungen. Leider enthielten schon die früheren und dann auch die jüngsten Darstellungen der Haupt- und Nebenumstände allerlei Irrtümer, die dann ganz selbstverständlich auch zu Fehlschlüssen führen mußten. Es ist demgegenüber vielleicht von Wert, auf Grund der Kenntnis aller Einzelheiten aus der Nähe in Kürze einen Überblick über jüngste Vergangenheit und Gegenwart, verbunden mit ein paar Schlüssen hinsichtlich der nächsten Zukunft zu geben.

In den in der auswärtigen Presse verbreiteten Endurteilen, die Feinerzeit bei der Auflösung abgegeben wurden, hieß es a. a., die Regierung frage wegen ihres mangelnden Entgegenkommens gegenüber den Sozialdemokraten die Schuld an der Unfruchtbarkeit der Sache. Ich selbst bin liberal, aber ich muß — vielleicht gerade darum — sagen, daß diese Folgerung, die der Regierung alles in die Schuhe schiebt, nicht stichhaltig vertreten werden kann. Ein paar Sätze mögen diese Anschauung erläutern.

In der Sitzung vom 23. Februar überreichte die sozialdemokratische Fraktion 7 verschiedene Forderungen an die Regierung. Diese Forderungen, hieß es, „müssen erfüllt werden, bevor der Etat Genehmigung finden kann“. Gefordert wurden im einzelnen bekanntlich Trennung von Staat und Kirche, Abschaffung aller Wahlen an Sonntagen, Verzichtleistung des Fürsten auf 32.000 Mk. seiner Krondotation usw. Gegen diese Forderungen ließ und läßt sich in ihrer Mehrheit von liberalen Standpunkt aus nichts einwenden. Aber zunächst war es formell ein Unfug, daß die sozialdemokratische Fraktion, noch dazu in der ersten Sitzung, bevor irgend eine andere Eingabe von Privatrat auch nur als „Eingang“ verzeichnet war, gewisse Forderungen der Regierung die Erklärung forderte: Wir verzichten die Annahme eurer Forderungen! Was war um so mehr nicht gegeben, als derartige Eingaben einzelner Fraktionen vorerst ganz einfach den Gang aller Eingaben mitzumachen haben, nicht ohne weiteres als maßgeblich und bevorzuggt aus diesem Kreis herausgehoben werden können. Dann aber, und das ist das wesentliche gegenüber dem schließlich nebenfälligen formellen Einwand, kann kein Landtag und keine Fraktion funktionieren. Bevor ich über Haupt abteile, muß ich, in diesem Falle die Regierung, mir versprochen haben, daß du alles genau so machen willst, wie ich es für gut halte! Das geht nicht. Was werden soll und wurde, erwuchs immer aus einem langen Kampf, aus Forderungen und Nachgeben. Das mag mitunter unangenehm und noch öfter aufreibend oder langweilig sein; aber es ist nun einmal so! Und es mußte auch hier denen, die hinter dem Fördern standen, bekannt sein, daß im günstigsten Falle die Regierung zu solchen Forderungen überall erst dann Stellung nehmen kann, wenn sie sieht, wie die Gesamtheit der vorhandenen Volkstreiter sich zu einer vorliegenden Frage stellt. Das war ihnen auch bekannt. Wenn sie dennoch darauf bestanden, zuerst und vor allem Zusage, die Erfüllung ihrer Forderungen betreffend, haben zu wollen, bevor positive Arbeit gegenüber den Regierungsvorlagen geleistet werden könne, so lag hierin ohne Zweifel die Erklärung der Unmöglichkeit solcher Arbeit! Damit war die Regierung ohne weiteres der sonst vielleicht von ihr aus erwünschten Möglichkeit, auf einen Abbruch der Verhandlungen hinzuwirken, von vornherein durch das Entgegenkommen der Sozialdemokraten entzogen.

Das hat sie auch sofort eingesehen. Aber sie hat erkannt, daß die Bedeutung der sozialdemokratischen Wendung: „Bevor wir, müßt ihr“ nicht jedem im Lande und vor allem im sogenannten Auslande so verständlich war, wie vielleicht ihr; daß man draußen nicht theoretische Erörterungen, sondern praktische Beschlüsse in der angegebenen Richtung dann erwartete, wenn man ebenso wie die Regierung von der Unfruchtbarkeit der zum ersten allerdings etwas sehr starken Reden der schwarzburgischen sozialdemokratischen Volkstreiter und der daraus entpringenden Taten überzeugt sein sollte. Hier steht der Irrtum der Regierung!

Weil sie diesem Irrtum verfallen war, schloß sie an den theoretischen Irrtum einen praktischen Fehler: Sie stellte eine ebenso unbedeutende wie weiteren Kreisen gleichgültige Wahlrechtsreform in den Vordergrund, obwohl sie wußte, daß die Sozialdemokratie hierbei wie schon öfter, versagen würde. Stellte sie in den Vordergrund und umgab sie mit einem logischen Gebäude, das beweisen sollte, die Sozialdemokratie beghe gerade mit der Ablehnung der lebendigen Reform das Verbrechen der Verzichtleistung auf praktische Arbeit. Was dann natürlich, weil diese Logik fadenförmig und auch nur wieder ein Fehler war, so gut wie niemand einließ.

Allerdings; auch hier handelt es sich im Grunde um nichts weiter wie eine Frage des Nachgebens. Die Regierung will den Entwurf, den sie nun zum dritten Male brachte, nicht fallen lassen, weil die Sozialdemokratie es — wüßte; die Sozialdemokraten lehnen ein Entgegenkommen in der, auch von ihnen aus gesehen, sachlich ziemlich bedeutungslosen Frage ab — weil sie es nun schon dreimal getan haben.

Das ist alles! Es erscheint wirklich zweifelhaft, ob man im Hinblick auf diese Sachlage einer Seite die Verantwortung für die Dinge allein jenseitigen kann.

Erwachsen sollen freilich auf so einem Grunde hier Gegenwart und Zukunft der sogenannten „verfassungsmäßigen Arbeit zum Wohle des Landes“. Soll man noch besonders sagen, daß der Baugrund nicht besonders gut erscheint? Anbeten, daß vorläufig kein Ende der in solchen Erscheinungen zutage tretenden Unfruchtbarkeit abzusehen ist? Es wird wohl kaum nötig sein.

Von den drei Auswegen aus solchen Mälen ist der erste Entgegenkommen von beiden Seiten her aber, was das selbe ist, Nachgeben eines Teiles so ein wahrhaftig nicht wie nur möglich. Auf der Regierungsseite sind die maßgebenden Kräfte, kurz gesagt, zu alt; dazu; auf der andern ist man zu sehr ans Parteibildung gebunden.

Das zweite wäre: Aenderung der Verfassung mindestens insoweit, daß die Bestimmung der Zweidrittel-Mehrheit zur Voraussetzung gültiger Beschlüsse aufhört. Dann könnte es sein, daß bis auf weiteres die Zahl der nationalen Abgeordneten mindestens wie 1:1 gegenüber der Sozialdemokraten zu halten, und so die Arbeit fertig zu stellen wäre. Indes hat dieser Ausweg wenig Wahrscheinlichkeit für sich schon deshalb, weil auch zu solchen Schritten der Staatsminister und der Fürst zu wenig „draufgänger“ sind.

Wird drittens die Möglichkeit eines Rücktritts des Staatsministers. Diese Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen; der jetzige Minister Greiser v. d. Rede, hat sie schon angeboten. Der Fürst aber wollte davon vorläufig nichts wissen. Aber auch durch einen Ministerwechsel würde das Zusammenarbeiten von Regierung und Landtag schwerlich gefördert werden. Voraus sich denn nun am Schlusse ergeben muß, daß Anfang und Ende der Dinge, soweit sie im Moment überall zu erkennen sind, im großen ganzen auf dasselbe hinauslaufen — auf ein negatives, unfruchtbares Resultat, für das im Grunde nicht eine Einzelercheinung, sondern eine ganze Reihe von Faktoren verantwortlich ist.

Der alte Lärm wegen der Kongozipfel.

Halle, 26. April 1912.

In einem Berliner Blatt war am Dienstag morgen behauptet worden, ein „großer Kreis von alten Africanern“ sei mit dem deutsch-französischen Kongo-Abkommen deshalb unzufrieden, weil diesem Kreis die Schaffung des Kongo- und des Ubangi-Zipfels als ein höchst unglücklicher Gedanke erschienen sei.

„Angelisch, weil den Franzosen die Veranschaulichung ihrer Kolonial-Aquatorialafrika in drei Teile sehr peinlich sein mußte, ohne daß wir selbst von jener schwer überwachbaren, unerschlossenen Zipseln einen Vorteil erhoffen durften.“

Ein Artikel der „Tägl. Rundschau“, welcher diesem Gedanken Ausdruck verliehen und eine gründliche Aenderung in der Grenzführung mit Ausmerzung der Zipfel vorgeschlagen habe, sei (so wird in dem vorhin angeführten Blatt gesagt) durch Vermittlung des früheren Gouverneurs v. Puttkamer und des Generals von Helldin dem Kaiser zur Kenntnis gebracht worden. Der Kaiser habe die Anregung so „vernünftig“ gefunden, daß es ihm nicht schwer geworden sei, auch Herrn v. Aderlin die Ueberzeugung „beizubringen“, daß in der Kompensationsfrage am Kongo keine ganz glückliche Hand bewiesen worden und der Gedanke eines Revisionsvertrages in greifbare Nähe gerückt sei.

Wie gegenüber dieser tendenziösen, in ihren Wirkungen für eine gewisse Stelle berechneten Usulungen die „Saale-Zeitung“ an allein maßgebender Stelle in Berlin erfährt, ist die vorliegende Mitteilung eben so aus der Luft gegriffen wie das sogenannte Kaisertelegramm aus Rom an Herrn v. Aderlin (mit dem die deutsche Presse mehrere Tage hindurch mißtrauisch wurde, bis auf energisches Drängen endlich der Wahrheit erstehen). Die „Kolonialtreife“, aus denen diese Nachricht stammt, vergehen anscheinend, daß das deutsch-französische Kongo-Abkommen einen vorteilhaften Vertrag zweier Staaten darstellt, zu dessen Aenderung sowohl die Zustimmung der französischen Kammer wie neuerdings auch die

des Deutschen Reichstages erforderlich wäre, daß mit ihr auf dem Wege einer Grenzverleugungskommission, wie sie demnach in Bern zusammentritt, derart tief einschneidende Veränderungen niemals getroffen werden können. Von einer gründlichen Aenderung in der Grenzführung ist keine Rede; dazu besteht auf keiner Seite auch nur die geringste Neigung. Die Unterhandlungen dieser Kommission erstreckten sich auf nur nebenfällige Punkte. Diejenigen der an Deutschland fallenden Gebietsstücke, deren Grenzlinien heute schon unbedingbar festliegen, werden zu der vereinbarten Zeit dem Reichsrecht beige und dürfte bei dieser Gelegenheit eine feierliche Besitzübergabe, bei der deutsche und französische Truppen zugegen sind — die Zeremonie wird ähnlich verlaufen wie fernerzeit bei der Einverleibung Helgolands —, dem Gebietsaustausch vorangehen.

Man sollte in „Kolonialkreisen“, soweit dieselben an einem freundschaftlichen Verhältnis zu Frankreich gelegen ist, endlich aufhören, an dem Kongo-Abkommen herumzunagen. Handel und Industrie bedürfen nach dem aufregenden Sommer 1911, der mit seinen chaotischsten Treiberer obnesies Heuerubrigung genug gewirkt hat, zur Stabilisierung ihrer Geschäfte endlich der Ruhe.

W. G.

Die Sperrung der Dardanellen.

do. Die Dardanellen sind noch immer gesperrt, weil die Türken — abgesehen von einem abermaligen Erscheinen der italienischen Kriegsschiffe — befürchten, daß die Italiener gewisse Lehren aus dem russisch-japanischen Kriege gezogen haben. Damals schloß sich bekanntlich japanische Schiffe unter neutraler Flagge in die Meerenge von Port Arthur ein und griffen die russischen Schiffe plötzlich mit Torpedos an. Dasselbe Verfahren trauen die Türken jetzt den Italienern auch zu, und deshalb ist auch das Verlangen Russlands und Englands, die Durchfahrt wieder freizugeben, vorläufig ohne Erfolg geblieben. Das Konstantinopeler Blatt „Terzian“-„Gazette“, das Organ des Komitees für Einheit und Fortschritt, schreibt dazu in einem langen Artikel: Wer kann verhindern, daß die Italiener nicht beschließen, ihre Handelsdampfer unter fremder Flagge die Dardanellen passieren zu lassen, um dort einander die Untertanen zu verzerren? Solange darüber nicht ausreichende Sicherheiten gegeben sind, können wir nicht daran denken, die Dardanellen zu öffnen.

Ein englischer Dampfer namens „Baddington“ hat trotz strengsten Verbotes die Dardanellen zu durchfahren versucht. Infolge dessen erließ das Hauptkapitänat von Konstantinopel eine Rundmachung, in welcher auf die Zirkularnote hingewiesen wird, nach welcher Schiffe, welche die Durchfahrt durch die Dardanellen verweigern, durch Kanonenschüsse in der Gegend geschossen werden. Angesichts der Beunruhigung wegen der Gefahren, welche der Schiffahrt im Archipel infolge des Vorgehens von Mälen erwachsen könnten, erklärt die Zeitung „Sabah“ auf Ermächtigung des Kriegsministeriums, daß die in den Dardanellen, an der Bosphorusmündung, bei Saloniki und Smyrna gelegenen oder vorbereiteten Mälen Konstantinischen neuesten Systems seien und daher keine Gefahr bestände.

Die Kosten der Sperre

bestehen in erster Linie in den Schäden, den die Schiffe durch das erzwungene Stillliegen erleiden. Es verliert an zuständiger Stelle, daß der Schaden täglich sich auf etwa 6000 Pfund Sterling beläuft. Zum Teil ist dies darauf zurückzuführen, daß die Dampfer, die vor Konstantinopel liegen, wegen des ungünstigen Wetters gewonnen sind, unter starker Dampf zu bleiben. Die Zahl der im Hafen festliegenden Schiffe beträgt jetzt etwa 100. Die gleiche Anzahl dürfte vor den Dardanellen auch die Öffnung der Meerenge erwarten. Die im Hafen von Odessa befindlichen Dampfer ausländischer Gesellschaften befürchten die Verfürgung, sofort nach Konstantinopel auszuliegen.

Erst zu nehmende Meldungen stellen eine lebhafter russisch-italienische Affäre in Mazedonien fest. Die Telekommunikation in Konstantinopel wird infolge des Vorgehens von Mälen erwachsen könnten, erklärt die Zeitung „Sabah“ auf Ermächtigung des Kriegsministeriums, daß die in den Dardanellen, an der Bosphorusmündung, bei Saloniki und Smyrna gelegenen oder vorbereiteten Mälen Konstantinischen neuesten Systems seien und daher keine Gefahr bestände.

Eine ernste Wendung?

Bukarest, 26. April. Hier sind Nachrichten angelangt, denen zufolge in der Dardanellenfrage eine ernste Wendung einzutreten droht. Ein Teil der Schwarzen Meer-Flotte Russlands ist am Eingang des Bosphorus erschienen und soll eine Stunde vor Konstantinopel liegen. Ferner wird aus Sofia gemeldet, daß dort Gerüchte umgehen, denen zufolge die schlagfertige bulgarische Armee in dem Augenblick, da die russische Kriegsflotte am Bosphorus erscheinen sollte, die mazedonische Grenze überschreiten würde. Infolgedessen sieht sich Rumänien gezwungen, gleichfalls in Aktion zu treten. Auch tritt auch die rumänische Heeresverwaltung alle Vorbereitungen, um nötigenfalls mit drei Armeekorps auf dem Bane erscheinen zu können.

Die Freizugsauslöser

sind noch nicht auf verhängungswillig. Die russische Antwort wird allerdings in Rom nicht ungünstig beurteilt, da



die Abweisung der italienischen Friedensbedingungen weniger scharf ist, als man erwartet hatte. Vieles wird bei der Geduld erwogen, dem Sultan eine Scheinulwerntät in irgendeiner Form zu lassen, ungefahr wie Ägypten. Man glaubt, daß Italien bald neue Friedensbedingungen vorschlagen wird. Am englischen Unterhaus erklärte der Parlaments-Untersekretär Irland in Antwortung einer Anfrage, wie er sich verhalten wird, wenn die Bedingungen für einen Frieden eine Frau und ein Kind in die Mitte zu setzen. Die Antworten sind bereits eingegangen; aber da sie von den in Betracht kommenden Mächten noch nicht erörtert worden sind, würde es nicht wünschenswert sein, bei dem gegenwärtigen Stande mehr zu sagen. Im übrigen, sagte Irland, würde der Minister Grey in der nächsten Woche Erklärungen abgeben.

Deutsches Reich.

Die erste Kraftprobe.

Am 16. März gegen 158 Stimmen nahm, wie aus dem Parlamentsbericht ersichtlich, gestern der Reichstag einen Antrag Bassermann an, der die Befugnisse der einzelnen Kommissionen überweist und damit ihr Schicksal von dem der Wehrvorlage scheidet. Es war, wenn man von der Präsidentenwahl absteht, die erste Kraftprobe zwischen den Linken und der bisherigen Mehrheit, und sie hat bestätigt, daß der blau-schwarze Bund gebrochen werden kann, sobald die Linke geschlossen und entschlossen ist, das Fazit aus den letzten Wahlen zu ziehen. Nur 2 Stimmen Mehrheit, gewiss ein Zufallsfall, zumal 7 Abgeordnete fehlten. Aber auch die Ablehnung der Erbschaftsteuer erfolgte nur mit einem Mehr von 8 Stimmen und ist doch ein Kaugummi mit brüchiger Basis. 2 1/2 Jahre hindurch der politischen Lage ihren Stempel auf. Nur wäre es freilich verfehlt, beide Abstimungen in eine Linie zu ziehen; das eine war eine Entscheidungssache, das andere ist kaum mehr als ein Vorpostengefecht. Seine Bedeutung liegt hauptsächlich darin, daß man konservativ-liberalen Schwächen vorbeugt hat. Es ging nicht an, mit den zwingenden Forderungen der Wehrvorlage, deren Erledigung von allen bürgerlichen Parteien noch vor Wintertagen gewünscht wird, auch die Durchschiebung der Dehnungsvorlage zu begründen. Mißtraulich schrieb schon vor der Abstimmung die „Deutsche Tageszeitung“:

„Mirch das Geleg einer besonderen Kommission überweisen, so liegt die Gefahr nahe, daß alle die schwierigen Fragen der Brauntweinsteuererhebung aufgerollt und gründlich erörtert werden. Diese Gefahr ist um so größer, als bereits jetzt von national-liberaler Seite angebetet wird, daß man sich hinsichtlich einer Verengung der Entscheidung über das Brauntweinsteuergebot bis zum Herbst absenden müsse.“

Oben wie die Fragen schwierig sind, diesen sie nicht über das Ziel gebracht werden. Der Reichstag hat die Pflicht, eingehend zu prüfen, was an der Brauntweinsteuererhebung von 1909 reformbedürftig ist. Mit Recht wurde in der Debatte darauf hingewiesen, daß es mit der einfachen Abschaffung der Verbrauchssteuer nicht getan ist, daß auch der Ueberstand und der Vergütungspang abgeholt werden müssen. Daß die Regierung und das ihnen so gern gefällige Zentrum ein Eingehen auf diese Frage zu hintertreiben suchen, ist verständlich genug.

Der Rücktritt des Kriegeministers!

Das Berliner Zeitungswesen, die „Germania“, fordert in einem scharf gehaltenen Leitartikel den Rücktritt des preussischen Kriegeministers v. Heeringen. Das ultramontane Blatt schreibt:

„Dieses Wort, das der preussische Kriegeminister von Heeringen den Offizieren und Reserveoffizieren ins Anus schleudert, die religiös empfinden und daher den von den Geheben der Religion, der Sitte und des Rechts gleichmäßig verurteilten Duellmord nicht begreifen wollen, muß nach seiner Verurteilung auf diesen Herrn selbst anwenden. Ein Mann, der ein derartiges Prinzip im deutschen Reichstag aufstellen kann, hat an der Spitze unserer Heeresverwaltung nichts mehr zu suchen. Nach den Verurteilungen des Herrn v. Heeringen ist es überflüssig, auch nur mit einem Wort in eine Diskussion über die religiösen Pflichten sich ihm einzulassen. Für unsere christlichen Offiziere gilt aber noch wie vor der Befehl des Herrn: Du sollst Gott mehr gehorchen als den Menschen. Wobei es gänzlich gleichgültig ist, ob diese Menschen Kriegeminister oder noch etwas Höheres sind.“

Das ist hinreichend deutlich; und wenn Herr v. Heeringen's nicht vorläge, noch vor Beginn der Kommissionsverhandlungen das Kommando eines Armeekorps zu übernehmen, so dürfte ihn nur ein Antifall in der Kommission noch retten. Daß letztgenannte Herr v. Heeringen's Haltung es mit dem Zentrum aufnehmen sollte, etwa wie der berühmte Ministerpräsident v. Podewils es für seinen Verkehrsminister von Frauenborffer tat, darauf dürfte wohl auch Herr v. Heeringen nicht hoffen.

Der neue 1. Bürgermeister von Kassel.

Kassel, 26. April. Die Stadtmotoren und der Magistrat von Kassel nahmen gestern die Neuwahl des Oberbürgermeisters vor. Gewählt wurde Beigeordneter Dr. Schulz-Düffelhoff mit 57 Stimmen.

Parlamentarisches.

Die kleinen Garnisonen.

2 Berlin, 26. April 1912. Die Petitionskommission des Reichstages behandelte heute die Eingabe des Städtetages der Städte mit unter 25 000 Einwohnern um Weglassung der kleinen Garnisonen. Der Vertreter der Militärverwaltung gab hierzu eingehende Erklärungen ab. Er teilte mit, daß die Zahl der Gelüste zurzeit sich auf 273 belaufe, es bestesse also nicht entfernt die Möglichkeit, auch beim besten Willen alle Gelüste zu erfüllen. Grundtätig stehe man der Eingabe durchaus sympathisch gegenüber. Der Kriegeminister sei bereit, den Wünschen nach Möglichkeit entgegenzukommen, namentlich für die Städte, die schon einmal Garnisonen hatten. Allein in erster Linie müssen doch die militärischen Erwägungen stehen. Hier kommen in Frage die Rückfragen auf die Wertschätzung des Truppenstandes. Die Truppenteile müssen in der Nähe des Ortes sein, wo sie zu Beginn des Krieges einziehen sollen. So mindestens sind angemessene

Eisenbahnverbindungen Voraussetzung. Zweitens handele es sich um die Befestigung wichtiger Punkte und Abschnitte zur Sicherung strategischer Bahnen, von Kunstbauten insbesondere, deren Fortführung den ganzen Aufmarsch hindern würde. Drittens kommt in Betracht die Lage des Truppenstandes zum Standort der übrigen Teile des Heeres, damit der Uebergang zum Friedensstande sich so rasch als möglich vollziehen könne. Man habe Infanterie womöglich mit Feldartillerie zusammenzuführen, Pioniere mit Artillerie oder mit Train. Die Fuhrartillerie sei für die Regel an größere Garnisonen, an Festungen gebunden. Hier spiele das Entgegenkommen der Gemeinden in Stellung von Exerzierplätzen und von Kasernen, die der Seeresverwaltung mietweise überlassen werden, eine Rolle. Weiter kommen in Betracht die sanitären Verhältnisse, die Schul- und Wohnungsverhältnisse für die Familien der Offiziere, Beamten und Unteroffiziere. Der Regierungsvorreiber gab im übrigen die bestimmte Erklärung ab, falls die Seeresvorlage bewilligt werde, werde damit die Möglichkeit geschaffen sein, eine Reihe der vorerlegten Wünsche zu erfüllen. Die Kommission beschloß, die Petition samt der Einzelgehugen von Städten der Budgetkommission zugleich mit der Erklärung des Regierungsvorreiters zu überweisen.

Parteinachrichten.

2 Berlin, 25. April. Ein neuerdings mehrfach genannter jungliberaler Führer, der Rechtsanwalt Dr. Marwitz-Berlin, wollte gestern im Reichstagsgebäude und hatte dort längere Redebestimmungen mit hervorragenden Mitgliedern der national-liberalen Fraktion, vor allem mit dem Abg. Bassermann. Daß es sich dabei um den Delegierten der Partei am 12. Mai handelte, ist wohl selbstverständlich. Dr. Marwitz, der den Eindruck eines sehr energischen Herrn macht, erobert sich in einem in den „Grenzboten“ veröffentlichten Artikel seine warnende Stimme gegenüber dem Wagnis des lebensgefährlichen Experiments, nämlich der Forderung der national-liberalen Gruppe, die jungliberale Sonderorganisation solle in die allgemeine Parteiorganisation aufgehen. Dieser radikale Standpunkt läßt die Formulierung des, wie parteioffiziös angehängt, angehängten Kompromisses mit besonderer Spannung erwarten. Daß eine Entschloßung in so wichtiger, für die Zukunft der national-liberalen Partei sehr belangreicher Angelegenheit nicht über's Rnie gebrochen werden kann, wird jedermann einleuchten. Es fragt sich nur, wieweit die national-liberalen Führer-Friedensrichter, obwohl letztlich in einem in den „Grenzboten“ veröffentlichten Artikel ihre Forderungen einzuhalten geneigt sein werden. Ob ausserdem und nachträgliche Erwägung würde die Aktionstraf dieser unentschiedenen Mittelpartei schwere Einbuße erleiden.

Die marokkanischen Unruhen.

2 Aus Tetz wird gemeldet: Die französischen Truppen hatten alle Tore besetzt. 80 kaiserliche Detachements wurden durch die Beni Mitr angehalten; 4 wurden getötet. Die Entsaufung der kaiserlichen Tabor wird fortgesetzt. Ein französischer Transportzug wurde bei El Saieb angegriffen; zwei Schützen wurden getötet.

2 Paris, 26. April. „Matin“ berichtet aus Tanger: Die letzten Nachrichten aus Effar tun bar, wie wenig sich Frankreich auf die marokkanischen Truppen verlassen darf. Der Kavallerielabor von Arbana, bestehend aus 175 Mann, die unter Befehl des Hauptmanns Vary standen, ist desertiert. Die Truppen verließen das Lager während der Nacht und nahmen Waffen und Pferde mit sich. Die Detachements haben sich gestreut, man weiß nicht, wohin sie sich begeben haben. Die Infanterieoffiziere und Unteroffiziere sind nicht bedroht worden. Der Infanterielabor ist tren gelassen. Das Eintreffen des Kommandanten Mikalanski in Tetz am 24. April mit einer größeren Truppenabteilung von 260 Mann ruft dort große Verwirrung hervor. Diese Truppen sind ausreichend genug, um die Ruhe zu sichern.

2 Tanger, 26. April. Ein aus Dattar kommender Dampfer landete am 23. d. M. 800 Mann senegalische Truppen samt 300 Frauen und Kindern. Der Dampfer hat am 24. April Casablanca wieder verlassen und fährt nach Bahia auf Kordis, um dort Artillerie an Bord zu nehmen.

2 Azzia, 25. April. Die Djebala griffen die Spanier bei Sidi Sherif an. Ein Spanier wurde getötet und zwei verwundet.

Ausland.

Der Kampf um Wien.

Aus Wien wird uns gemeldet: Nachdem die Christlichsozialen am ersten Tage der Gemeinderatswahl eine schwere Niederlage erlitten hatten, brachte ihnen die Stichwahl wieder einige von den bisher innegehabten Mandaten. Am Stichwahltag, an dem die Entscheidung über die Mandate des vierten Wahlkörpers für den Wiener Gemeinderat gefallen ist, wurden sieben Christlichsoziale, drei Sozialdemokraten und ein Deutschfreiwirtschaftler gewählt. Wägen verlieren die Christlichsozialen — entgegen den Erwartungen, die von li beider Seite an das Resultat des Hauptwahltages geknüpft waren — von den vierzehn Mandaten, die sie inne hatten, nur drei, von denen eines die Freiwirtschaftler und zwei die Sozialdemokraten eroberten, die nunmehr neun Mandate von den einundzwanzig gegen elf der Christlichsozialen bestehen. Die marxistischen Ereignisse sind der Durchfall eines der wichtigsten Führer der Christlichsozialen, des Mitgliedes des Landesauschusses Hermann Blochlawet, ferner die Wahl des Führers der christlichsozialen Arbeiter-Rundschau und das Unterlegen des freiwirtschaftlichen Kandidaten Universitätsprofessors Dr. Wolan im neunten Bezirk, dessen Wahl nach den Ergebnissen des Hauptwahltages gescheitert ist. Die Ergebnisse sind zum größten Teil dadurch zu erklären, daß die Kathospartei den letzten Mann zur Urne schleppte. Außerdem haben die Deutschradikalen, die bisher die erditterlichen Gegner der kirchlichen Wiener Partei waren, ihr diesmal am Stichwahltag Hilfe geleistet.

Die Entscheidung über die künftige Zusammensetzung des Wiener Gemeinderates fällt jedoch erst im zweiten Wahlgang, in dem 57 Mandate zu vergeben sind. In diesem Wahlgang findet die Hauptwahl am nächsten Montag, die Stichwahl am Dienstag statt.

Neue Schweizer Besatzungen.

Die neutralen Staaten haben längst eingesehen, daß sie ihre Neutralität nur so lange aufrechterhalten können, als auch wirklich Mittel vorhanden sind, sie mit den Waffen in

der Hand zu verteidigen. In der Schweiz ist schon seit längerer Zeit ein hartes Mißtrauen gegen Italien vorhanden; man beschränkt, daß dieses sich bei passender Gelegenheit sich derjenigen Teile bemächtigen könnte, die von italienisch sprechender Bevölkerung bewohnt sind. Gegen einen etwaigen italienischen Vormarsch hat die Schweiz in letzter Zeit verschiedene Befestigungen erbaut, so z. B. bei Bellinzona an vorgeschobener Stelle der Gotthard-Befestigung. Jetzt wird von dem Bau eines Forts beim Bernina-Poliz in Engadin berichtet. Es bezieht sich auf die Straße, die aus dem Engadin über Pelschigna-Tirano nach Mailand führt, nach Osten die Straße, die von Chiavenna nach Foscogno-Bad hinaufführt und dann weiter nach Bormio führt. So wertvoll alle diese Befestigungen auch sind, haben sie bei ihrer großen Ausdehnung doch immer den Nachteil, daß sie einen Teil der Feldtruppen festeln. Ganz in Hand damit müßte eine Vermehrung des Heeres geben, erst dann könnten sie wirklich ausgenutzt werden.

Ausland in Afghanistan.

In Simla sind Nachrichten eingelaufen, daß 3000 Eingeborene aus dem Tale Ahoj die Stadt Mutun besetzt und die Bagare sowie die afghanische Militärration geplündert haben. Der Gouverneur habe sich in die Zitadelle zurückgezogen, aus der er einen Ausfall gemacht und die Eingeborenen zurückgetrieben habe. Diese hätten sich inzwischen wieder vereint und belagerten ihn. Ob afghanische Truppen zum Entsauf vorziehen, ist unbekannt.

Kongresse und Verbandstage.

5. Deutscher Volkshochschultag.

Frankfurt a. M., 23. April 1912.

Der 5. Deutsche Volkshochschultag führte seine Verhandlungen unter dem Vorsitz des Geheimen Ministerialrats Professor Dr. Waldeyer (Berlin) zu Ende. Am letzten Tage sprach noch Landtagsabgeordneter Stadtrat Dr. Fiesch (Frankfurt a. M.) über den Frankfurter Vorschlag für Volkserziehungen, der zur Zeit des Sozialistengesetzes begründet wurde. Unter den Gründern befinden sich außer dem Redner Dipolizius, ein auspropiertener Sozialdemokrat, der jetzige Volkshochschulpräsident Dose und Prof. Valentini. Der Redner bejaht es als bedauerlich, wenn sich über die Unentzichten nach ein Aufschub, eine Fortschubung, aufbauen würde. Volkshochschulen und Volkserziehungen sollen allen Gliedern des Volkes ohne Anziehung des wirtschaftlichen und sozialen Standpunktes zugänglich gemacht werden, wobei auch der leistungspang vermieden werden soll. Nur so können die trennenden Klassenunterschiede durch das gemeinsame, kulturfördernde Band der Bildung und des Wissens überbrückt werden. Als letzter Redner sprach Dr. Sarrmann (Frankfurt a. M.) über die

„Grenzen der Volksschulbildung“.

Seine umfasse die Volksschulbildung vornehmlich nur die oberen Schichten der Arbeiter, fast ganz ausgeschlossen davon seien die in den unteren Schichten der Arbeiter. Je mehr die sozialen Grenzen fallen, desto mehr werde das Terrain der Volksschulbildung erweitert. Auf dem Gebiete der Volksschulbildung sei der Staat noch zu groß Partei, während gerade bei der Volkserziehung oberster Grundsatz sein müsse, frei von politischen Vorurteilen zu sein. Der Staat habe die Aufgabe, die Bildungsmöglichkeiten für die breiteren Volksmassen zu erweitern. Auch die Frankfurter Universität werde die Aufgabe haben, den breiten Massen die Wissenschaft zugänglich zu machen, und es wäre zu bedauern, wenn ihr nach dieser Richtung hin Bemühungen bereitet würden.

Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden erließen die Verhandlungen ihr Ende.

Tagung des Allgemeinen Positiven Verbandes.

Berlin, 24. April.

Der allgemeine positive Verband, der im Januar v. J. auf einer Konferenz der kirchlich-politischen Vereinigung in Eisenach gegründet wurde, und heute 21 Organisationen mit ungefähr 65 000 Mitgliedern umfaßt, die über das ganze Deutsche Reich verstreut sind, trat hier zu seiner ersten allgemeinen Hauptversammlung zusammen. Der Verband hat es sich zur Aufgabe gemacht, alle positiv Gerichteten zu gemeinamer Arbeit und zu gemeinamer Abwehr in allen wichtigen Fragen der evangelischen Kirche und ihrer Gemeinden zusammenzuführen. Der Vorsitzende, Pastor Verberd (Eisenach) führte u. a. aus: Seit einem halben Jahrhundert hat der kirchlich-liberalismus, der sich bis dahin in der Vertretung der kirchlichen Liberalen befunden habe, begonnen, in die Angriffslinie vorzurücken. Er kämpfe heute nicht mehr um Duldung, sondern um die Alleinhererschaft; höchstens wolle man noch den alten Glauben als einen harmlosen Mechanismus der geistig niedrigeren Kreise des Volkes dulden. An diesem Zustande sei nicht nur der modische Zeitgeist schuld, sondern auch das Kirchenregiment, das nicht zu rechter Zeit die Gefahren vorausgesehen habe, und viele gläubige Kreise, die aus Abneigung gegen religiöse Streitigkeiten sich allzulang abwärts verhielten. So seien die Zustände entstanden, deren Symptome die Fälle Rotho, Traub, Hein, Fritzer u. a. seien, mit ihren traurigen Begleiterscheinungen und schwerverständlichen Entschuldigungen. In dieser Not der Zeit sei der allgemeine positive Verband entstanden, der nun alles tut, was das Wesen eines machtvollen, zu den besten Kennzeichen der Apostel festhaltenen Christentums imitten der evangelischen Kirche Deutschlands dokumentieren wolle. Der Verband wolle dem Wahre Einhalt gebieten, als ob Bildung und wissenschaftliche Tätigkeit nur das Monopol des Liberalismus seien. Er wolle die alten Glaubensgüter schützen und verteidigen. Keine Vermittlungspolitik! Es geht auf das Ganze! Im weiteren Verlauf der Tagung sprach Professor Dr. Schaefer (Riel) über

„Wissenschaftliches Christentum“.

Wissenschaftliches Christentum steht und fällt grundsätzlich mit seinen geschichtlichen Wurzeln. Bekennen wir die Heilsgeschichte, so verlieren wir das wesentliche Christentum. Die protestantischen Theologen wollen die Heilsgeschichte und müssen sie wollen. Die Frage ist: Glaube oder Geschichte, wie sie von Harnack, Trüblich oder Buse u. a. formuliert worden ist. Die Zerlegung der Heilsgeschichte hat zunächst begonnen mit der Untatung des Wundercharakters der Heilsgeschichte, wie es Strauss tat. Gegen diesen Super-Naturalismus wandte man sich und dann kam der Kampf gegen die wahnsinnige Auferschreibung Christi. Die Wunderlust hat aber ein Dogma gezeugt, das die Gegenwart beherzigt, nämlich den Entweltlichungsgedanken. Man beachte sich an diesem Gedanken,

Bernh. Grunwald, Möbelfabrik, Halle,

Rathausstrasse 2 Mittelstrasse 5a
neben der städtischen Sparkasse, ehemalige Schreibereischule
Transport durch meine Wagen frei. Auf Wunsch Katalog frei Haus.

Wohnungs-Einrichtungen,

Demgegenüber müssen wir betonen, daß seine Wissenschaft der Welt darüber etwas ausmachen kann, ob in der Geschichte der Menschheit nur die ewige menschliche Vernunft, und in der Natur nur natürliche Größen ihr Spiel treiben. Wenn die Wissenschaft derartiger Defekt ist, so fängt sie an zu glauben, aber mit anderen Worten, ein Dogma zu werden. Unter Wunderglauben kennt nur das Zentralfundament mit dem er steht und fällt; nicht jedes bürgerliche Wunder ist ein Zentralfundament. Das Zentralfundament ist der große Bund des Gottgebornen Königlichers Ritters, der aus der Ewigkeit in die Welt gekommen ist und das Wunder seiner Rückkehr in das menschliche Menschengeschlecht zur dauernden ewigen Gemeinschaft als Haupt der ersten Menschheit. Nach dem Wunderprotokoll kommt der Protokoll gegen den Erbfeind Gedanken und den Sündengeboten überhaup. Noch ein dritter Umstand ist es, der uns bedroht, das ist die Immanenz der Umweltlichkeit, der neuzeitliche Anti-supra-Naturalismus, wie ihn Sathe predigt.

In seinem Schlusswort erklärte der Referent nochmals, die Intoleranz führe zu einem illegitimen Protektionismus und es wäre ihm lieber, wenn er Toleranz üben könnte. Aber das helfe nicht. Die Rücksicht auf die Sache erfordere Intoleranz, so gern auch er dem Wort folgen wollte: Nicht mit zu halten, mit zu lieben, mit zu haßen.

Gobann sprach Professor Dr. A. Topaschek (Breslau) über das

„Apostolische Glaubensbekenntnis in seiner dauernden Bedeutung für die Gemeinde.“

Er bezeichnet dieses Glaubensbekenntnis als einen unzerstörlichen Schatz. Gerade wenn man einen auf subjektivem Wege gewonnenen Erfahrungsglauben verfolge, so lese hier das Apostolikum ein, das mit unzerstörlicher Klarheit und kurze Tatsachen festsetze, die den Glauben des Einzelnen verlangen. Ein Bekenntnis lasse sich nicht machen, sondern es wachse mit der Kirche heran.

In der Diskussion meint Geheimrat Kirchenrat Dr. P. Haack (Schwerin), wenn man eins in apostolisches Glaubensbekenntnis zu corrigieren ließe, so werde dies die Kirche von selbst tun. Er weist im übrigen gerade auf die Wichtigkeit des Auserkennungsglaubens des Heiliges hin und führt einen Ausdruck eines Geistes an, der sagte: „Wenn Ihr den Glauben an die Auferstehung des Leibes gründlich aus den Herzen reißen wollt, dann braucht Ihr bloß die Feuerbefähigung einzuführen.“

Provinzialnachrichten.

Ein Stadion am Bälleschlagidentmal.

Leipzig, 26. April. Die Schlußfeier des Bälleschlagidentmal findet am 13. Mai, am Geburtsstag des Kammerherrn Krieme, des Urhebers des Denkmalgedankens, statt. Der deutsche Patriotenbund beschloß gestern Abend die Errichtung eines Stadions in Verbindung mit dem Bälleschlagidentmal. Die Kosten werden auf eine Million bezehnet, von der bereits eine Viertel Million gezehmet ist.

Bad Eifel, 25. April. (R. König Friedrich August) von Sachsen hat sich, wie alljährlich zu Beginn der Saison, so auch heuer wieder nach Bad Eifel, dem bekannten Moor- und Mineralbad, begeben, um hier auf den Wuerden zu verweilen. Das Zogebiet war insofern ein außerordentlich günstiges, als sich für die Höhe zu Straße gebracht wurde. Der König verweilt während des dreitägigen Aufenthalts in dem ihm gemietheten Bade — besser zum Was — den Regenschirm einer bürgerlichen Gesellschaft und beschloß mit großem Interesse die zahlreichen Neuerungen dieses Jahres, in erster Linie den Neubau der bälleschlag Kirche und des großen Emanatoriums, wofür bekanntlich, als dem einzigen, von Mitte Mai ab das Wasser der kältesten Kolumquelle der Welt zu Wambach bei Bad Eifel für Badmüttern zur Verwendung kommen soll.

Münster, 26. April. (Einen grauenvollen Selbstmord) verübte gestern Nachmittag der früher hier Beschäftigte gewesene Oberlehrer Walter Döring, gebürtig aus Döbeln in Sachsen. Döring hatte sich wegen eines Nervenleidens in einem Sanatorium in Suderode aufgehalten und wollte wohl den Leipziger Schnellzug, der 4 Uhr 25 Min. hier abfährt, zur Fahrt nach seiner Heimat benutzen. Er war nachmittags von Suderode hier eingetroffen und wollte mit dem genannten Zuge dann weiterreisen. Uns irgenwelchen Gründen, die wohl in seinem leidenden Zustande zu suchen sind, warf er sich gegenüber dem Schalterhäuschen des Hauptbahnhofs vor die Lokomotive des Schnellzuges und wurde in entsetzlicher Weise verwickelt. Dem Unglücklichen wurden die Hüfte und der Kopf glatt abgehauen und der Rumpf bildete eine große blutige Masse. Die Räder des Zuges waren über und über mit Blut und Fleischstücken beschattet und die Passagiere erlitten es mit Grauen, dem traurigen Schauspiel beizuhören. Sofort herbeigerufenen Polizeibeamte stellten die Aufmerksamkeit des Überfahrenen fest in dessen Besitz lag außer sonstigen Verlägen eine größere Geldsumme befand. Die Leichenteile wurden gesammelt und der künftigen Leichenhalle zugeführt. Was den Unglücklichen in den Tod getrieben hat, steht mit Sicherheit nicht fest. Es ist wohl anzunehmen, daß sein nervöses Leiden die unmittelbare Ursache zu dem unglücklichen Schritt gewesen ist.

Weihen, 24. April. (Der Handlungsmann) Ein Fall von „illegitimer Gattenliebe“ hat sich jetzt in Weihen ausgebreitet. Sattie da ein Bürger sein ehelich angekanntes Weib verlassen, um mit einer andern herrlich und in Freud zu leben. Die verlassene Gattin fiess insofern nicht zum Kadi, um eine Scheidungslage durchzugehen, sie wandte lieber ein probateres Mittel an. In aller Ruhe trat sie mit der Verführerin in Verhandlungen und bewog sie, ihr gegen Zahlung von 200 Mark ihren Gatten wieder zuzustellen. Der Vertrag wurde auch genau durchgeführt, und wieder einmal war das Geglück einer Familie gerettet.

Dedensereichungen. Es erhielten: der Oberlehrer a. D. Professor Wilhelm Wenckel zu Schönebeck im Kreise Raabe, Dr. Hermann Wolffertorf zu Magdeburg und der Direktor der gewerblichen Schulen in Hildesheim Karl Sandrock den roten Aeloren vierter Klasse. Dem Rektor Karl Heinemann zu Halberstadt, den Lehrern a. D. Karl Brack zu Hildesheim, Robert Krieghoff zu Nordhausen und Hermann Wertzling zu Blankenburg a. S. bisher in Anerkennung, dem Reichslehrer a. D. Hugo Hildebrand zu Gieselen, dem Möbelfabrikanten Ferdinand Wiedens, dem Tischlermeister August Kupper zu Dommitz im Saalkreise, dem Domänenarbeiter Joh. Opfermann zu Wangelten das Allg. Ehrenzeichen, sowie dem Aufseher Ludwig Meyer zu Domäne Wlebeloh im Kreise Goslar das Allgemeine Ehrenzeichen in Bronze.

Kunst und Wissenschaft.

Hochschulnachrichten.

Die Technische Hochschule zu München hat nach dem toeben erschienenen Jahresbericht für 1910/11 die Würde eines Doktors der technischen Wissenschaften ehrenhalber verliehen: dem Prof. der Geodäsie an der Landwirthschaftlichen Hochschule in Berlin Geh. Regierungsrat Dr. Christian August Bogler, dem Prof. der Fabrik der bildenden Künste in München Dr. Adolf Ritter von Hildebrand und dem technischen Direktor bei der Gold- und Silberhüttenanstalt in Frankfurt und deren Naturwissenschaftlichen Anstalten Johann Pfeiffer. — Die a. Professoren in der Bonner math. Fakultät Dr. theol. August Brandt (praktische Theologie) und Dr. theol. jur. phil. Nicolaus Hilling (Kirchenrecht) sind zu ord. Professoren befördert in Aussicht genommen. — Es habilitierten sich in Marburg Dr. phil. Kurt Gajler mit einer Antivittorologie über das subjektive Element in den Dramen Victor Hugo's, in Wien Dr. Gustav Bondy für Ophrentheorie und Dr. Viktor Blum für Urologie. — Der bisherige a. Prof. Dr. Konrad Wierzina in Innsbruck wurde zum Nachfolger des toebenen Prof. Dr. A. E. Schönbach auf den Lehrstuhl der deutschen Sprache und Literatur an der Universität Graz berufen. — Am 20. Juni d. J. kann die Tierärztliche Hochschule zu Berlin auf ein 30jähriges Bestehen als Hochschule zurückblicken. Der Tag des Jubiläums soll durch eine würdige Feier begangen werden. — Prof. Dr. Theodor Gies, Lehrer der Chirurgie an der Kaiserlichen Universität, ist im Alter von 66 Jahren gestorben. — Dr. Friedrich Franzherz Marzall von Wierzbinski hat sich als Privatdozent an der juristischen Fakultät der Universität Berlin habilitiert. Der neue Privatdozent ist der älteste Sohn des toebenen Ministers des groß. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

Eine Gedentafel für Henriksen. Im Gahloffe „Zum Monde“ in Amalfi wird eine Gedentafel für Henriksen angebracht. Im Jahr, der 1879 mit seiner Familie drei Monate in Amalfi zubradhte, spielte in diesem Gasthause sein Schauspiel „Pora“.

Antike Funde in Köln. Bei den Ausgrabungsarbeiten für einen Kanal in der Nähe des Neumarktes in Köln ist man in einer Tiefe von etwa vier Metern auf Reste eines römischen Hauses und dessen Kanalisations- und Entwässerungsanlage gestossen. Diese sind mit Ziegelplatten ausgemauert und mit Holzriegeln überdeckt. Ferner hat man eine große Anzahl Teile von Ton- und Glasgefäßen sowie Knochenreste zutage gefördert.

Im Münzmuuseum in Ferrara wurde ein großer Diebstahl begangen. Die Schatzkammer raubte eine Menge aldrömischer Gold- und Silbermünzen, das berühmte Medallion des Alfonso d'Este und der Margherita von Gonzaga sowie die Orden, die die Sultane von Tunis seinerzeit dem Könige von Ferrara verliehen hatten. Der Schaden wird auf weit mehr als 100 000 Mark geschätzt.

Theater und Musik.

Gerhart Hauptmann und Max Reinhardt.

In Breslau wird im nächsten Jahre die Jahreshundertfeier der Freiheitskriege festlich begangen. Die Feier soll, wie das „A. T.“ hört, durch eine ungewöhnliche künstlerische Veranstaltung einen besonderen Reiz erhalten. Gerhart Hauptmann hat sich bereit erklärt, ein Festspiel für die Gedentafel zu dichten, und Professor Max Reinhardt soll für die Inszenierung gewonnen werden sein. Doch sind in dieser Hinsicht die Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gelangt.

Letztere Opernbillett d'Annunzio's.

Mascagni, der, wie bereits gemeldet, zuerst mit der Komposition eines „Barbarica“ betiteltens Terzettes von d'Annunzio beschäftigt ist, ist nicht der einzige italienische Komponist, der sich des Dichters als Librettisten bedient. Wie verlautet, werden gleichzeitig zwei andere Tragödien d'Annunzio's, „Waldra“ und „Francesca da Rimini“, in Musik gesetzt. Mit der Vertonung von „Waldra“ ist Alvareso Bizetti beschäftigt, dessen Arbeit bereits bis zum 2. Akt gediehen ist. Bizetti hat sich übrigens bereits als Mitarbeiter d'Annunzio's mit der Komposition der Singspiele zum „Schiff“ betätigt. Ueber den Komponisten der „Francesca da Rimini“ ist man derzeit freilich noch auf Vermutungen angewiesen, doch hat man allen Grund, auf den Namen des Maestro Frauchetti zu setzen, der bereits „Sorriso Todter“ von d'Annunzio der Opernbühne gewonnen hat.

„A. T.“-Freilichtspiele in Interlaken. Diesen Sommer werden in Interlaken auf Veranstaltung der dramatischen Gesellschaft eine

Anzahl Aufführungen von Schillers „Wilhelm Tell“ im Freilicht stattfinden. Die Veranstaltung wird ca. 45 000 Fr. kosten, wovon auf Bauten und Kostüme ca. 35 000 Fr. entfallen. Die natürliche, abwechslungsreiche Gestaltung des Terrains, einer reizenden Wald- und bergumhüllten Wiesenalm als Augapost, hat den Unternehmern viele Tausende Franken erspart. Da die Vorstellungen Mitte Mai beginnen sollen, herrscht schon jetzt im Pappenberg überhohle Tätigkeit der Landbauhofsarbeiter, Zimmerleute und Maler. Das idyllische Gelände soll größtenteils für die Proben, die seit einiger Zeit unter Leitung des Prof. Sang an Schiffsbau im Gange sind, für den neuen Zweck in Stand gesetzt werden. Bereits sieht man oben im Walde den Zwingshof Uri entstehen, überragt von einem mächtigen Turm.

Auf der Suche nach dem Apachen Bonnot.

Paris, 25. April.

Ueber die Beziehungen Bonnots und Garniers zu dem Wunderglauben „Anarchie“ wollen die heute veröffentlichen Seiten dieser Publikation keine Angaben machen. Hausdurchsuchungen bei ihnen ebenso wie bei den anderen heute Verhafteten hiesigen erfolglos, und so mußte man alle vier: Raoul, Bouder, Dubost und Marie Besse wieder laufen lassen. Der verwundete Inspektor Colmar konnte nachmittags ein längeres Verhör bestehen. Neu ist in seiner Angabe, daß das Zimmer, in dem die Eintretenden wider Erwarten einen Mann fanden, so dunkel war, daß seine Gesichtszüge kaum zu unterscheiden waren. Nicht im entferntesten dachten die Polizisten daran, daß der kleine, hagere Mann mit dem dünnen, blonden Schnurrbart Bonnot sein könnte. Vereint suchten Jouin und Colmar, den Mann zu Boden zu werfen; diesem gelang es aber, zwei Schüsse abzugeben. Colmar erinnert sich, dem zu Hilfe kommenden Robert zugerufen zu haben: „Ich bin ein verlorener Mann!“ Hierauf schanden ihm die Cisten. Er weiß heute kaum mehr, wie er die Treppe hinabgelangte. Colmar weiß auch nichts davon, daß gegen Bonnot ein Schuß abgegeben wurde. — Wie ungenau dieser Bericht Colmars ist, erhellt schon daraus, daß tatsächlich nicht zwei, sondern vier Augen von Bonnot abgefeuert wurden. Zwei Augen trafen, wie der gerichtsarztliche Befund ergab, den Kopf Jouins, ein Schuß drang in dessen Wade, und durch den vierten Schuß wurde Colmar getroffen. — Für die jetzt 15jährige Tochter Jouins wird durch die Presse gemeldet, um ihr eine Mütze zu sichern.

Um 7 1/2 Uhr veröffentlichte die hiesigen Telegraphenagenturen die Nachricht, daß sich in den Wandbelagungen des Gebäudes der Sicherheitspolizei das Gerücht verbreitet habe, daß es dem Chef der Kriminalpolizei Guichard gelungen ist, in einer kleinen Ortschaft im Departement Dife Bonnot festzunehmen. Herr Guichard war gegen Abend mit sechs bis an die Zähne bewaffneten Polizisten in mehreren Automobilen in südwestlicher Richtung von Paris aufgefahren. Verortlicht ist die Sicherheitspolizei nicht in der Lage, das Gerücht von der Verhaftung Bonnots zu bestätigen. Heute abend um 10 Uhr sind vier Polizisten in einem Automobil nach der Richtung aufgefahren, wo angeblich die Verhaftung Bonnots erfolgt sein soll.

Bäder und Kurorte.

Zingst, die Perle der Ostsee. Dies schöne, grüne, von den Seebädern bevorzugte Anielbad, in dem jedes Haus von Gärten umgeben ist, eignet sich wegen seines milden, milden und beständigen Klimas und der sorgfältigen und täglich frischen Luft ganz besonders zu Sommer- und Winterkur für Erholungsbedürftige und Rekonvaleszenten. Es liegt zwischen zwei Waldbergen und hat einen vollkommenen, künstlich und natürlichem Stand. Es ist eine Erholungsstätte im weitesten Sinne des Wortes. Die Seebadverwaltung, das Warmbad Luft- und Sonnenbad sind bestens eingerichtet. Frequenz 1911: 3800 Fremde. Prospekte und Auskunft bereitwillig durch die Badeverwaltung.

Briefkasten.

(Jeder Anfrage ist die Absonnerungsentgelt beizulegen.)
Herr Lehrer A. Diesen Wortlaut können wir Ihnen leider nicht mitteilen, glauben aber sicher, daß die Nennung Ihres Artikel genügt.
B. W. W. können Sie jederzeit von der Einlage, und unerhebliche Beträge fallen für die Steuer ins Gewicht.
Dreslau. Der Eigentümer des Geistes dürfte zum Schaden erstarrt verurteilt werden.
Herr F. S. Darüber kann Ihnen nur ein Mühsamer Auskunft geben.
G. in L. Wir raten Ihnen, alle halben Jahre wieder „Eingehrieben“ zu machen. Dann verfährt die Forderung nicht! Gartenstadt, „Deutsche Gartenstadt-Gesellschaft“, Vorl.: Bildhauer Rudolf, Schloßpark bei Halle a. S.
Kauzevenvogel. Einfauchen mit Imfeinstpulver (zu haben in Vogelhandlungen) wogentlich einmal wogischen das Gefieder. Augen und Schnabel bedecken. Wenns ein weiches und auch über den Bauer hängen, nach einigen Stunden im Dunkel einfauchen und die darauffolgende Wäsche lösen. Für reichlichen Sand im Bauer sorgen. Die Einfauchte an den Stangen über einer Flamme ausbrennen.

Leitung: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinmann; für Ausland und Besondere Nachrichten: Karl Meinerz; Gesundheit, Vermischtes usw.: Martin Fuchtmann; für den Inseratenteil: Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Gendel, Schmied in Halle a. S. — Diese Nummer umfasst 12 Seiten.

Taffet-Seide

ist von der Mode bevorzugt

Brüno Freytag.

Vielseitige Auswahl an billigsten gestellten Preisen.

